



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Mitarbeiter der Verwaltung, werte Herren Bürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer

Städtische Finanzen und Schuldenabbau

Wir haben ein großartiges Jahr hinter uns. Schwäbisch Gmünd stand wie lange nicht mehr im Mittelpunkt der Interessen. Im ganzen Land sah, las und hörte man viel von unserer Stadt. Manchmal überschlugen sich selbst die überregionalen Medien mit Lobeshymnen. Das tat der Gmünder Seele mehr als gut.

Es war ein Kraftakt, die Jahre bis zur Gartenschau. Auch finanziell. Dafür haben wir hier kräftig investiert. Von 2009 bis 2014 stieg unsere Verschuldung von ca. 52 Mio € auf nun 96 Mio € allein im Kernhaushalt.

Um im Bild von OB Arnold zu bleiben: Wir haben gesät und erfreuen uns an der ersten Saat, deren Triebe bereits vielversprechend zum Träumen einladen.

Nun sucht Gmünd eine Marke. Für was genau die Marke stehen kann, weiß noch niemand. Aber das müssen wir in den nächsten Monaten wohlüberlegt anpacken. Auch Unternehmen nehmen viel Geld in die Hand um eine Marke zu etablieren. Aber es bestehen Unterschiede: Unternehmen können anhand von Verkaufszahlen und ihrem Firmenwert so ziemlich genau den Nutzen von Marketingausgaben abschätzen.

Das ist im Falle einer Stadt schon schwieriger. Als Gemeinwesen sind wir nicht gewinnorientiert. Wir sind in erster Linie für das Wohlergehen aller Bürger verpflichtet. Also für was steht die noch zu definierende Marke Schwäbisch Gmünd?

Welche Prioritäten setzen wir im überschuldeten Stadthaushalt um die Marke zu unterfüttern?

Wenn ich den vorliegenden Haushaltsentwurf so durcharbeite, könnte man meinen, Sie Herr Arnold, haben da schon eine Vorstellung:

1. Kunst und Kulturveranstaltungen werden mit 741.000 € (+ 130.000 € mehr als im Vorjahr) angesetzt.
2. Unter Kunstveranstaltung, Zuschüsse an örtliche Organisatoren und Künstler setzen wir wie im Vorjahr 122.000,-- € an.

3. Für die Staufersaga werden auf zwei Jahre verteilt 200.000 zugesichert. Die ersten 100.000 € stehen bereits dieses Jahr an.
4. Die nächste Gartenschau wird bis 2019 mit 2,4 Mio € zu Buche schlagen (273.000 € stehen hierfür schon ab dieses Jahr im Haushalt)
5. Der neu gegründete Eigenbetrieb "Gmünd erleben" erhält von uns einen jährlichen Zuschuss von 500.000 €
6. Gleichzeitig bleibt es weiterhin beim Zuschuss für die T&M GmbH bei 680.000 €
7. Für den Unterhalt für die neugeschaffenen Gartenschauflächen benötigt man nun jährlich 300.000 €
8. Das zieht sich fort bis zu kleineren Beträge, wie z.B. für den Unterhalt der ehemaligen Gartenschau-Elemente im Taubental. Hier wird der Ausgabenansatz von 10.000 auf 30.000 erhöht.

Werden Events zu unserer Marke? Allein diese Einzelbeispiele schlagen in 2015 mit über 2,8 Mio € im Kernhaushalt zu Buche.

Diese Ausgaben sind jedenfalls richtig konkret.

Aber welcher messbare und daraus direkte Nutzen resultiert daraus?

Wir sind eine hochverschuldete Stadt! Hier sollten kritische Fragen gestellt werden!

So ist auch die Erfolgsmeldung Gmünd habe dieses Jahr keine neuen Schulden aufgenommen, ist bei genauer Betrachtung nur die halbe Wahrheit:

Wegen der Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen aus den Jahren 2013 und 2014 steigt auch dieses Jahr der Schuldenberg von 96 Mio € auf 106 Mio € weiter an, mit der Sonderrechnung Gügling-Nord und dem Stadtgarten kommen wir sogar auf 121 Mio €.

Ein Problem, weil jedes Jahr der Schuldendienst mit knapp 4 Mio € bedient werden muss. Geld, was für unsere eigentlichen Aufgaben als Stadt fehlt.

Erfreulich ist aber der Plan ab 2016 bis 2018 den Schuldenberg um 14 Mio € wieder abzubauen. Womit wir beim Stand von 2013 landen würden. Immerhin. Zur Erinnerung wir waren 2009 bei ca. 52 Mio €.

Dies geht aber nur solange gut, wie uns keine Finanz- oder Wirtschaftskrise einen Strich durch die Rechnung macht.

Erfreulich auch, dass es im Vorjahr möglich war über 15 Mio € dem Vermögenshaushalt zuzuführen und gleichzeitig eine Zuführung von über 9 Mio € in die Allgemeinen Rücklagen zu tätigen.

Leider kann bereits dieses Jahr der Finanzmittelbedarf im Vermögenshaushalt von über 13 Mio nur mit über 8 Mio € aus dem Verwaltungshaushalt gedeckt werden,

weshalb dieses Jahr wieder eine Entnahme von 5 Mio € aus den Rücklagen notwendig wird.

Ehrenamt

Die Stadtgesellschaft lebt von und für die Menschen in der Stadt. Das Ehrenamt ist eine tragende Säule dieser Stadt, ohne den Einsatz der Bürger in deren Freizeit würde vieles nicht funktionieren. Stellvertretend sind das die Trainer unserer Jugendsportmannschaften, die Kassenwarte unserer Vereine, die Kameraden in den Feuerwehrrabteilungen, die zunehmende Anzahl der Helfer in den Flüchtlingsunterkünften. In der Haushaltsrede 2012 hatte ich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir das Engagement im Sozialen und Gesellschaftspolitischen nicht vergessen dürfen. Natürlich ist das weniger gesellig, weniger farbenfroh und nicht immer die pure Lebensfreude. Die Konfrontation mit der Not der Menschen ist nicht Jedermanns Sache. Heute stelle ich fest, dass Sie Herr Arnold mit der Integration der Flüchtlinge eine bemerkenswerte soziale Bewegung in Gang gesetzt haben. Sehr gut! Solches Engagement brauchen wir verstärkt. Vor allem sollten wir diesen selbstlosen Einsatz für sozial benachteiligte Bürger, für Bürger mit geistiger und körperlicher Behinderung oder für die Begleitung sterbender Menschen stärker in unsere Ehrenamtskultur einbeziehen.

Demokratie I: Gemeinderat stärken

Und noch über ein weiteres Ehrenamt könnte mehr gesprochen werden. Denn es ist ein unverzichtbares Element der demokratischen Teilhabe und der politischen Einflussnahme der Bürger. Es ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung: Kein Landtag, kein Bundestag in einer fernen Hauptstadt, sondern die Bürger kümmern sich selbst um ihre städtischen Belange. Das setzt aber voraus, dass es Bürger gibt, die in ihrer Freizeit Woche für Woche das harte Brot der Kommunalpolitik kauen. Nicht das Engagement in einem zeitlich überschaubaren Projekt, sondern die permanente Auseinandersetzung mit allerlei verschiedenen Politikbereichen. Gespräche, Diskussionen mit Betroffenen führen, Ansprechpartner der Bürger sein, die Verwaltung kontrollieren, das Hoheitsrecht über die städtischen Finanzen wahrnehmen, bestimmendes Organ der städtischen Politik sein, das ständige Ringen um mehrheitsfähige Beschlüsse und Veränderungen, demokratisch legitimiert, Repräsentant der Bürgerschaft in ihrem politischen Querschnitt. Kurz um: Der Gemeinderat ist, auch wenn laut der Gemeindeordnung nicht so benannt, doch in Wirklichkeit das Stadtparlament.

Als Grüne sind wir überzeugt: Nur eine Stadt mit selbstbewussten und kritischen Stadträten kann eine zukunftsfähige Stadt mit selbstbewussten Bürgern sein. Ich überschlage das mal: Einen ganzen Arbeitstag oder gar mehr wendet ein Gmünder Stadtrat jede Woche dafür auf dieser Stadt zu dienen. Sitzungen, Ausschüsse, Fraktionstreffen, Vor- und Nacharbeiten, Kontakte zur Verwaltung, zur Presse, zu Interessensgruppen, Gespräche mit Bürgern, präsent bei den vielen Veranstaltungen unserer Vereine zu sein. Dieses Ehrenamt in gesunder Balance mit Beruf und Familie zu halten fordert einiges ab.

Doch leider existiert für viele Gmünder der Gemeinderat kaum. Für viele ist die Kommunalpolitik eine Ein-Mann-Show. Für andere sind die Stadträte nur auf den eigenen Vorteil bedachte Politiker.

Die letzte Kommunalwahl im Mai 2014 ist so was von sang- und klanglos untergegangen. Selbst für die Chronisten des Einhorn-Jahrbuchs war sie keine Erwähnung wert.

Wir schlagen dem Presseamt vor, den Gemeinderat mehr in die Außendarstellung aufzunehmen.

Wir wünschen uns einen leichter zu findenden Auftritt auf der städtischen Homepage.

Wir schlagen vor, die Ratssitzungen ab 2016 live im Internet zu übertragen. Einige Kommunen im Land sind hier schon weiter und haben gute Erfahrungen damit gemacht.

Wir beantragen mit Hilfe von Tablets die papierlose Ratssitzung ab 2016 zu ermöglichen. Die Digitalisierung soll uns die Stadtratsarbeit erleichtern, Papier in Massen und das zeitaufwendige Kopieren einsparen.

Wir legen viel Wert auf mehr Bürgerbeteiligungen in der Kommunalpolitik. Wir unterstützen die von der Landesregierung nun verbesserte außerparlamentarische Einflussnahme der Menschen auf kommunaler Ebene. Wir unterstützen die Verwaltung darin unsere Bürger mehr einzubinden. Doch wir legen in Zukunft wieder mehr Wert in Verhandlungen zwischen der Verwaltung und Interessensgruppen frühzeitig einbezogen zu werden. In den letzten Jahren waren wir als Gemeinderat immer wieder vor vollendeten Tatsachen gestellt worden. So liest man aus der Zeitung über Verhandlungen und Vereinbarungen, um dann danach bei bereits erweckte Erwartungen in der Öffentlichkeit nur noch ab nicken zu dürfen.

Jeder Verein, jede Bürgerinitiative in unserer Stadt hat die Aufgabe für seine Interessen einzutreten. Das ist notwendig in der Demokratie. Doch bleibt es unsere

Aufgabe als gewählte Vertreter das Gesamtwohl und die Gesamtfinanzen im Blick zu behalten und nach Prioritäten abzuwägen. Das ist unsere Aufgabe in der parlamentarische Demokratie und die mag uns niemand nehmen!

Demokratie II: Wahlbeteiligung und Unechte Teilortswahl

Ich könnte jetzt zur berechtigten Begeisterung über eine erfolgreiche Landesgartenschau wechseln. Aber ich bleibe noch bei der Demokratiefrage in unserer Stadt. Denn die letzte Kommunalwahl musste die schlechteste Wahlbeteiligung aller Zeiten verzeichnen: Bei der Gemeinderatswahl machten nicht einmal mehr 42 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Und das in einem Jahr, in welchem gerade hier das bürgerschaftliche Engagement sich positiv entwickelt und dadurch die vielfach gefeierten Erfolge erst ermöglicht hat. Damit nicht genug: Auch die Anzahl ungültiger Stimmzettel, sowie die Anzahl der auf gültigen Stimmzetteln ungültigen oder nicht genutzten Stimmen bewegen sich weiterhin auf einem traurigen Rekordniveau. Warum?

Wir haben uns die Ergebnisse einmal etwas genauer angeschaut: Bei der Wahl zum Gemeinderat waren auf den gültigen Stimmzetteln 28,4 Prozent der Stimmen ungültig oder wurden nicht genutzt. Mit mehr als 6 Prozent komplett ungültiger Stimmzettel ergibt dies eine Fehlerquote von sage und schreibe 32,8 Prozent. Das heißt, die Wählerinnen und Wähler, die tatsächlich gewählt haben oder offenkundig wählen wollten, haben fast ein Drittel ihrer Stimmen ungültig abgegeben oder nicht genutzt.

Im Vergleich mit der Wahl zum Kreistag und mit den Wahlen der Ortschaftsräte lesen wir zwei klare Tendenzen heraus. Erstens: Die Fehlerquote steigt mehr oder weniger linear mit der Anzahl der zu vergebenden Stimmen. Zweitens: Die Fehlerquote steigt darüber hinaus bei unechter Teilortswahl überproportional mit der Anzahl der Wohnbezirke.

Wir Grünen als überzeugte Kommunalos wollen diesen besorgniserregenden Trend nicht weiter hinnehmen. Das Gewicht des Gemeinderats als Hauptorgan der Stadt wird weiter schwinden, wenn ihm durch eine immer schlechtere Wahlbeteiligung in Verbindung mit einer stetig steigenden Anzahl ungültiger Stimmen irgendwann die demokratische Legitimation abhandenkommt. Deshalb beantragen wir die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises, der zusammen mit interessierten Bürgern und Fachleuten aus der Verwaltung Vorschläge erarbeitet, wie die beschriebene, negative Entwicklung gestoppt oder gar gedreht werden kann.

Demokratie III: Bezirksbeirat für die Kernstadt

Herr Arnold, Sie haben das Bild einer „offenen Rathaustür“ geprägt. Die Möglichkeit seine Wünsche zu äußern ist das eine, aber eine echte dauerhafte Teilhabe und Einflussnahme der Menschen ist das nicht. Es gibt weiterhin eine Schieflage zwischen den Stadtteilen und der Kernstadt. In den Stadtteilen werden Ortschaftsräte und Ortsvorsteher in die Belange ihres direkten Lebensumfeldes im Vorfeld mit einbezogen. Die Gmünder aus Bettringen, Herlikofen, Straßdorf usw. können Pläne vorab kommentieren, abändern lassen oder gar ablehnen. Das muss aus unserer Sicht auch für die Kernstadtbewohner, immerhin 40% der Gmünder, möglich sein. Ein Stadtteilzentrum oder Stadtteilforum ist gut gemeint, ist aber weit davon entfernt, den Kernstadtbewohnern gleiche Teilhabe an politischen Prozessen wie in den Stadtteilen zu ermöglichen.

Entweder ist man der Ansicht, dies seien verzichtbare Relikte aus der Gemeindereformzeit der 1970er Jahren, dann sollten diejenigen einen Antrag zur Auflösung der Ortsverfassungen stellen. Oder man ist der Überzeugung, Ortschaftsräte sind unverzichtbare Gremien vor Ort, dann muss das für die Kernstadt ebenfalls gelten.

Das Argument, eine vergleichbare Situation gäbe es im Land nicht, kann ich nicht gelten lassen. Größere Städte wie Stuttgart oder Mannheim haben Bezirksbeiräte für ihre Kernstädte. Ich mache einen Vorschlag: Lassen wir Schwäbisch Gmünd als Leuchtturm der Bürgerbeteiligung ganz neue Wege gehen, lassen wir Schwäbisch Gmünd Vorbild für andere Mittelstädte im Land werden und etablieren wir einen Bezirksbeirat für die Kernstadt.

Erinnerungskultur

Zu einer modernen und weltoffenen Stadt gehört auch eine Kultur des Erinnerns. Wer geschichtsvergessen ist hat keine Zukunft. Er begeht die Fehler der Vergangenheit immer wieder. Herr Arnold, Sie haben sich dem Anliegen aus den Reihen von Grünen, SPD und Linken ernsthaft angenommen und die Erinnerungskultur gefördert. Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz. Das ist keine Selbstverständlichkeit, dafür muss man immer wieder sensibilisieren. Aber man muss auch Positionen beziehen. Wie stehen wir zu Personen, die im letzten Jahrhundert die Demokratie gezielt demontierten oder einem verbrecherischen Regime als Rädchen im Getriebe dienten und gleichzeitig heute noch Straßenschilder in Gmünd zieren? Der Arbeitskreis Erinnerungskultur tagt und tagt und tagt. Es wird Zeit, dass wir bei einigen Punkten endlich einen Knopf daran machen. Es hilft nichts. Wir müssen jetzt Position

beziehen: Eine Umbenennung bedeutet nicht geschichtsvergessen zu sein. Sie bedeutet ein klares Bekenntnis für Freiheit und Demokratie, es ist ein klares Bekenntnis zu den vielen Opfern auch hier in Gmünd. Zusammen mit einer Hinweistafel, die den alten Straßennamen und unseren heutigen Prozess der Erinnerungskultur erläutert, wird dazu beigetragen, dass die Geschichte nicht getilgt, sondern aus der Geschichte gelernt wird.

Stadtentwicklung

Mit European 13 wird auf dem Hardt ein wichtiger Anstoß für eine zukunftsweisende Entwicklung eines Stadtteils gegeben. Der Masterplan verspricht ein ganz neues Wohn- und Lebensgefühl. Das ist ein positives Beispiel für eine Stadtteilentwicklung, für die wir unserem Baubürgermeister Mihm unser Lob aussprechen. Genauso muss das Gemeinwesen Stadt weitergedacht werden, so entstehen Leitideen für ein zukunftsgerechtes Gmünd 2020 und darüber hinaus. Diese Ideen sind mit der Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes eng verbunden, das seit dessen Beschluss etwas eingeschlafen erscheint. Hier erinnern wir an die Verleihung der grünen Kröte als Mahnung an die Verwaltung, hier erwarten wir vom neuen Klimaschutzmanager Herrn Schlichenmaier wichtige Impulse, hier schlagen wir uns für ein gemeinsames Ideen entwickeln vor, zeitnah.

Wichtig dabei wird sein, dass der Optimismus, den der Masterplan verbreitet, auch dauerhaft berechtigt bleibt. Weder Investoren noch der Straßenverkehr dürfen die geplanten Verbindungen und sozialen Einrichtungen in Frage stellen. Parallel zum Bau der Flüchtlingsunterkunft müssen auch die wegfallenden Sportmöglichkeiten wie geplant an anderer Stelle, aber in der Nähe neu hergestellt werden. Die Oberbettringer Straße ist dort ein trennendes Element. Die Übergänge müssen auch Geschwindigkeits- und Lärmbremse werden. Daher beantragen wir die Geschwindigkeitsbegrenzung bereits im Vorfeld auf 40 km/h auf die gesamte Oberbettringer Straße auszudehnen - und natürlich auch zu überwachen.

Auch in der Oststadt tut sich was, wenn auch im Vergleich zum Hardt im kleineren Rahmen. Mit den Entwicklungsmöglichkeiten auf dem TSB-Sportplatz gilt es auch hier die Gesamtentwicklung im Blick zu haben. Kein schneller Profit eines Investors, sondern ein ausgewogenes Konzept für die Menschen in der Oststadt ist zu entwickeln. Der TSB-Sportplatz kann eine Entwicklungslücke zwischen der Altstadt zum Fachmarktzentrum im Osten schließen. Dazu gehört aber auch, die Buchstraße aufzuwerten. Durchfahrende LKWs müssen draußen bleiben. Dem Fahrradverkehr muss auf der Straße mehr Platz eingeräumt werden, damit Fußgänger ihren Gehweg

wieder voll nutzen können. Die Geschwindigkeit muss runter! Für die anstehenden Sanierungen, immer wieder verschoben, müssen all diese Punkte nun wieder auf die Tagesordnung.

Mit der von Ihnen, Herr Oberbürgermeister Arnold, erklärten Absicht, bei der Wohnbauentwicklung den Fokus auf die Innenentwicklung zu richten, um vorhandene Baulandreserven zu nutzen und Flächen im Außenbereich zu schonen, bestätigen Sie zum wiederholten Mal eine uralte Forderung von uns Grünen; danke dafür. Bereits im Dezember hat ja der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, den aus dem Strategieprozess Gmünd 2020 hervorgegangenen Handlungskatalog weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die Stärkung der Ortskerne ist hier ein wichtiger Baustein, Entwicklungskonzepte in den Stadtteilen sollen im Rahmen von Bürgerwerkstätten erarbeitet werden. Aufgrund der aktuellen Situation in Großdeinbach – dort geht es bei einem aufgelassenen Pferdehof mitten im Ort um eine sinnvolle Nachnutzung - schlagen wir vor, mit diesem Teil des Handlungsauftrags unverzüglich dort zu beginnen. Wir können uns neben der Schaffung von Wohnraum durchaus auch eine ergänzende Nutzung durch Handwerker, Kleingewerbe oder Dienstleister vorstellen wie im Französischen Viertel in Tübingen, nur im Kleinformat halt. Weiterhelfen könnte auch – wie bei der Entwicklung des Ortskerns in Straßdorf - zunächst einmal ein Plangutachten.

Wir stellen deshalb folgenden Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit dem Eigentümer eine Bürgerwerkstatt und/oder ein Plangutachten für diesen Bereich in die Wege zu leiten. Es ist zu prüfen, ob bis zum Vorliegen dieses Entwicklungskonzepts eine Veränderungssperre für diesen Bereich beschlossen werden soll bzw. kann.

Im Zusammenhang mit der Fokussierung auf die Innenentwicklung vor Außenentwicklung beantragen wir weiterhin einen detaillierten Masterplan, um die vielen Baulücken in der Stadt und den Stadtteilen zu schließen und den Leerstand von Wohnungen und Häusern zu verringern. Wir verlangen auch eine konkrete Untersuchung des Umfangs und der Ursachen von Leerständen.

Verkehr

Jede positive Stadtentwicklung ist ohne eine Betrachtung des Verkehrs, ohne das faire Austarieren der verschiedenen Verkehrsteilnehmer und Anwohner zum Scheitern verurteilt. Der Einhorntunnel konnte letztes Jahr seine volle

Entlastungswirkung zeigen. Das haben vor allem die Tage gezeigt, an denen eine Vollsperrung nötig wurde. Dann war der tägliche Wahnsinn wieder präsent. Lkw an Lkw und dazwischen die Blechlawine. Aber insgesamt sind die innerstädtischen Verkehrsprobleme kaum weniger geworden. Der Verkehr auf der Buchstraße, der Königsturmstraße oder Klösterlestraße ist nicht im Tunnel verschwunden. Noch ein Pfitzerkreisel, dann sind wir mit unserem Kreisellatein völlig am Ende. Eine Lösung gibt es dafür nicht, zumindest nicht auf Basis des Autoverkehrs. Die Lösung heißt: Querdenken! Obwohl wir Fahrrad-Modellstadt sind, ist der Rad- und Fußverkehr weiterhin das schwächste Glied im Verkehrssystem der Kernstadt. Im Zuge der Gartenschau wurden überregionale Radverbindungen geschaffen. Aber im Alltag stoßen Radfahrer immer noch an ihre Grenzen. Die Hügel in Gmünd sind seit den elektrisch betriebenen Rädern praktisch keine Herausforderung mehr. Radfahren und zu Fuß gehen muss attraktiv werden, statt zugunsten des Autoverkehrs an den Rand gedrängt zu werden. Sichere Radrouten für Einkaufende und Eltern mit Kindern entlasten die allseits beklagte Stau- und Parksituation in der Innenstadt. Mehr Räder auf der Straße bedeuten weniger Autos, weniger Luftschadstoffe, weniger Lärm, mehr Grün und mehr Platz für die Menschen.

Der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Rainer Bomba sagte vergangene Woche bei der Veröffentlichung des Fahrradklima-Test 2014: „Die Fahrradfreundlichkeit ist ein guter Gradmesser für die Lebensqualität einer Stadt. Wir können den Anteil des Radverkehrs weiter erhöhen, wenn sich Radfahrer gut und sicher im Straßenverkehr fühlen. Der Fahrradklima-Test gibt genau darüber Aufschluss.“

Also werfen wir einen Blick auf die Schwäbisch Gmünder Ergebnisse:

1. Öffentlichkeitsarbeit über die Initiative des Landesverkehrsministeriums, sprich RadKULTUR, speziell die Ernennung Gmünds zur Rad-Modellstadt, hat seine Spuren hinterlassen. Im Vergleich zu ähnlichen Städten steht Gmünd stärker da, wenn es um die Fragen „Werbung für das Radfahren“, „Fahrradförderung in jüngster Zeit“, "Zeitungsberichte" oder „Wegweiser für Radrouten" geht. Die Arbeit des AK Mobilität und von Herrn Leuthe kam tatsächlich an.

2. Aber dann hört es schon auf. Bei den entscheidenden Aspekten für eine radfreundliche Stadt, so wie von Herrn Bomba formuliert – also ob Radfahrer sich gut und sicher fühlen- fällt Gmünd nach hinten:

Gmünder Schwächen sind laut Fahrradklima-Test 2014:

- Konflikte mit Autos und Fußgängern
- schlechtes Sicherheitsgefühl

- Falschparker auf Radwegen
- geringe Akzeptanz als Verkehrsteilnehmer
- nicht ausreichende Breite der Radwege

Totale Schwäche hat Gmünd im Städtevergleich bei den Aussagen:

- schlechte Erreichbarkeit zum Stadtzentrum
- kaum zügiges Radfahren möglich
- nur wenige Gmünder fahren Rad

Andere Städte haben die Chancen einer Verkehrswende erkannt und ergreifen, zwar für manche drastisch empfundene, aber wirksame Maßnahmen für mehr Lebensqualität: Z.B. Kopenhagen (Radanteil fast 40%, soll noch auf 50% steigen) Kopenhagener Verkehrsplaner sagen: Nicht der Umweltschutz oder die Fitness bringt die Menschen zum Umsteigen auf das Rad. Nur der Zeitvorteil zum Auto und die erhöhte Sicherheit für Radfahrer sind entscheidend: Das bedeutet nun für Kopenhagen konkret: Jedes Jahr steigt der Anteil der Fläche zugunsten des Radverkehrs: Separate Fahrradstreifen statt einer weiteren Autospur, Radabstellflächen statt Autoparkplätze, Grüne Welle nur bei Radgeschwindigkeiten, im Mischverkehr ist aus Sicherheitsgründen die Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt. Das geht auf Kosten des Autos, ja, aber Kopenhagen sieht darin eine Möglichkeit diese Metropole attraktiver und lebenswerter zu machen. Keine Angst, als Grüne stellen wir heute keine solchen Anträge. Aber Kopenhagen zeigt, und andere Städte in Deutschland zeigen, wohin die Reise gehen muss. Der enorme Parkdruck auf die Altstadt oder die staugeplagten Verkehrsachsen könnten einmal der Vergangenheit angehören. Aber Gmünd muss eine Priorität zugunsten des Radverkehrs setzen, mit allen Konsequenzen.

Wir beantragen, als kleinen Schritt in diese Richtung, im Rahmen der versprochenen Verkehrskonzeption ein explizites Fuß- und Radverkehrskonzept mit einem verbindlichen Umsetzungspfad.

Weiterhin beantragen wir die zügige Einführung von Fahrradschutzstreifen vor allen Ampeln.

1. Bei allen neuen Planungen sind diese Schutzstreifen einzuplanen
2. Zug um Zug ist der Schutzstreifen vor Ampeln bei bestehenden Kreuzungen nachzurüsten
3. Es ist zu überprüfen, ob diese Schutzstreifen kostengünstiger zwischen der bestehenden Haltelinie der Autos und dem Fußgängerübergang eingerichtet werden kann.
4. Wir fordern einen Zeitplan für die Umsetzung

Das Wohnen in der Innenstadt hat einerseits durch die Landesgartenschau eine Aufwertung erfahren, andererseits wird es bedrängt durch unnötigen Park-Suchverkehr und zugeparkte Straßen. Leider haben Sie von der Verwaltungsspitze diese Mentalität allzu lange ignoriert und damit gefördert. Dass die Parkkontrollen nach Jahren wieder angezogen haben, ist zu begrüßen. Aber ein Mentalitätsumdenken kann nicht nur durch Restriktionen erreicht werden. Wie wäre es mit einer Kampagne, die das korrekte Parkverhalten ins positive Bild rückt. Auch ein klar durchdachtes Parksystem fördert die Akzeptanz. Häufig wechselnde und unübersichtliche Parkregeln sollten durch ein klares Parkzonenkonzept, wie vom AK Mobilität und Verkehr entwickelt, ersetzt werden. Die öffentlichen Stellplätze sollten so ausgelegt sein, dass jeder Suchverkehr automatisch nach kurzer Zeit in eines der Parkhäuser führt.

Landschaftspark Wetzgau

Einzelne Grüne hatten sich bereits in den letzten Wochen unterschiedlich positioniert. Uns war als Fraktion klar, dass wir mit den Differenzen innerhalb der Fraktion auch ein Stück der Wirklichkeit in der Bürgerschaft widerspiegeln. Es half nur eines: Emotionslos den Faktencheck durcharbeiten. Visionen und Ängste, Chancen und Risiken abzuklopfen und abzuwägen. Unsere Position:

1. Wir stellen fest, dass niemand den Fortbestand in Frage stellt. Die Kritik und Befürchtungen aus der Bürgerschaft manifestieren sich an Einzelheiten. Im Grundsatz ist man sich einig: Der Bürgerpark ist eine Bereicherung für Gmünd und Wetzgau.
2. Trotz einer seiner Attraktivität wird er aber sicherlich nicht die großen Massen, wie von manchen befürchtet, aus Stuttgart anziehen.
3. Der Bürgerpark und die Weleda-Gärten-Erweiterung stellen eine deutliche ökologische Aufwertung auf dem Gebiet zwischen Wetzgau und Wustenriet dar. Damit wird der vor 20 Jahren beschlossene Biotopverbund an dieser Stelle endlich umgesetzt.
4. Die Schaffung von 250 Stellplätzen mit einem Schotterbelag wird den Grad der Versiegelung in Grenzen halten.
5. Der zusätzliche Verkehr kann ein Problem werden, wenn der Bürgerpark so attraktiv wird, dass an den Wochenenden tausende Besucher nach Wetzgau strömen. Wir halten die von der LGS GmbH geschätzte Anzahl von 1.000 Besuchern pro Wochenendtag für realistisch. Vielleicht weniger. Das könnten ca. 250 bis 300 Autos über den Tag verteilt aus zwei Himmelsrichtungen kommend bedeuten. Bei

durchschnittlich knapp 8.000 Autos auf der Ortsdurchfahrt fällt das aus unserer Sicht nicht gewaltig ins Gewicht. Gleichzeitig kann auch damit gerechnet werden, dass Besucher mit dem Rad oder auch über das Taubental zum Bürgerpark kommen. Grundsätzlich ist jedoch auf eine Strategie hinzuwirken, welche die Alternativen zum Auto besser fördert und an den Park anbindet.

Sollte das Verkehrsaufkommen doch spürbare Probleme aufwerfen, muss hier gezielt entgegen gewirkt werden. Das gilt auch für die angedachten drei bis vier Großveranstaltungen. An solchen Tagen muss ein Shuttlesystem wie zur Gartenschau zwischen Innenstadt und Wetzgau für Entlastung sorgen.

6. Drei bis vier Großveranstaltungen im Jahr halten wir für vertretbar. Das gilt für die Anzahl der Besucher, als auch für die zu erwartende Geräuschkulisse.

7. Die Spielgolfanlage wird zwischen den Streuobstbepflanzungen integriert und nur auf den Spielflächen mit Kunstrasen angelegt. Das ist hinnehmbar, wenn bei der Gestaltung entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden.

Wir respektieren anderslautende Meinungen hierzu, sehen aber nach ausreichender Betrachtung aller Aspekte keinen Grund die vorliegenden Pläne abzulehnen.

Wir sind der Ansicht, dass die Pläne wie von der Gartenschau GmbH vorgestellt, in Wetzgau umgesetzt werden können.

Daher beantragen wir einen Beschluss des Gemeinderates, diesen Bürgerpark auf Grundlage der vorgelegten Pläne zu entwickeln und zu betreiben. Andere Elemente und substantielle Änderungen bedürfen in Zukunft einer Beratung und eines Beschlusses durch Ortschaftsrat und Gemeinderat. Für die Vergabe städtischer Grundstücke an Dritte zur Nutzung (Weleda, Golfanlage usw.) sollen die ökologischen Qualitäten (Streuobstwiese, Grad der Versiegelung, Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahmen z.B. wegen Kunstrasen und Parkplätze) in einem Nutzungsvertrag detailliert rechtlich verpflichtend festgeschrieben werden und vom Ortschaftsrat und Gemeinderat vor Unterzeichnung beraten und genehmigt werden. Damit soll der Bürgerschaft über ihre gewählten Vertreter Einfluss auf die Ausgestaltung des Bürgerparks erhalten bleiben. Eine unkontrollierte Weiterentwicklung zu einem Freizeitpark, wie von manchen befürchtet, wäre damit nicht möglich.

Haushaltswirksame Anträge:

1. Das auslaufende Fassadenprogramm möchten wir umwandeln in ein Programm zum Erhalt historischer Bauelemente an Fassaden bei energetischen Sanierungen (bei Einhaltung von KfW-Standards).
2. Gmünder Energiespar-Preis: Vorbildlich energetisch sanierte Gebäude sollen prämiert werden, in Verbindung mit guter Einbindung in die städtebauliche und historische Umgebung. Hierzu werden 10.000,-- € in den Haushalt eingestellt.
3. Um das Bebauen von Baulücken deutlich mehr zu fördern und attraktiver zu machen, soll der städtische Kinderbonus i.H.v 2.500 € nicht mehr auf den Kauf städtischer Bauplätze beschränkt bleiben, sondern auf registrierte Baulücken im Baulückenkataster erweitert werden. In Zukunft soll der Kinderbonus ab dem zweiten Kind gelten.
4. Der gesamte Fuhrpark der Stadt soll der Gmünder Umweltzone angepasst werden. Fahrzeuge die die Norm nicht erfüllen müssen ersetzt werden.
Begründung: Noch sind einige Fahrzeuge der Stadt nicht mit der grünen Plakette ausgestattet. Bürger und Firmen haben sich in den letzten Jahren der Gmünder Umweltzone angepasst und ihre Fahrzeuge angepasst oder gar erneuert. Das soll nun auch die Stadt schnellstens nachholen.

Nicht-haushaltswirksame Anträge:

1. Das Presseamt soll die Arbeit des Gemeinderates mehr in die Außendarstellung aufnehmen. Auch der Auftritt des Gemeinderats im Internet muss leichter zu finden sein und auch attraktiver erscheinen.
Wir beantragen, die Ratssitzungen ab 2016 live im Internet zu übertragen. Die Sitzungen sollten auch später noch abrufbar sein.
Darüber hinaus beantragen wir, dass mit Hilfe von Tablets die papierlose Ratssitzung ab 2016 ermöglicht wird.
Begründung: Es ist im Interesse einer demokratischen Stadtgesellschaft, dass das Hauptorgan der Stadt in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen wird. Die Liveübertragung und auch der spätere Abruf der Gemeinderatssitzungen ermöglicht den Bürgern, die Debatten aus erster Hand zu erfahren. Die papierlosen Sitzungen mit Tablets erleichtern die Ratsarbeit und spart viel Papier und Arbeitszeit ein.
2. Wir beantragen die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises. Zusammen mit Bürgern und der Verwaltung sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie die sinkende Wahlbeteiligung gestoppt oder gar gedreht werden kann.
Begründung: Nicht einmal 42% der Wahlberechtigten machten bei der Kommunalwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dies war die schlechteste Wahlbeteiligung aller Zeiten. Auch die Anzahl der ungültigen Stimmzettel bewegten

sich auf einem traurigen Rekordniveau: Ca. Eindrittel der Stimmen wurden nicht gezählt.

Damit das Gewicht des Gemeinderats als Hauptorgan der Stadt nicht weiter schwindet oder gar irgendwann die demokratische Legitimation abhandenkommt, muss sich der Gemeinderat mit den Ursachen auseinandersetzen und Lösungsvorschläge erarbeiten.

3. Es wird beantragt, ab 2016 einen Bezirksbeirat für die Kernstadt zu etablieren.

Begründung: 40% der Gmünder leben in der Kernstadt. Im Vergleich zu den Gmündern in den Stadtteilen existiert in der Kernstadt kein Ortschaftsrat und kein Ortsvorsteher. Nur die Stadtteile werden vor jeder Beratung im Gemeinderat mit einbezogen. Die daraus resultierenden Empfehlungen der Ortschaftsräte werden fast immer vom Gemeinderat übernommen. Für die Kernstadt ist ein solcher politischer Prozess nicht möglich. Wir sehen darin eine demokratische Schieflage zwischen den Stadtteilen und der Kernstadt, die zu beseitigen ist.

4. Wir beantragen eine Umbenennung folgender Straßen:

- a) Hindenburgplatz
- b) Franz-Konrad-Straße

Eine Hinweistafel soll auf diese ursprünglichen Namen, die Personen, den geschichtlichen Kontext, aber auch den heutigen Prozess der Erinnerungskultur und den Grund der Namensänderung erläutern.

Begründung: Gmünd hat eine vorbildliche Erinnerungskultur etabliert. Doch nun ist es an der Zeit auch die lang diskutierte Problematik der Straßennamen von Hindenburg und Franz Konrad zu Ende zu bringen.

Hindenburg hat nachweislich die Demokratieform abgelehnt und jahrelang ein nationalgesinntes autokratisch geführtes Regime angestrebt, was 1933 letztendlich zur Machtergreifung der Nationalsozialisten führte.

Franz Konrad war der von den Nationalsozialisten installierte Oberbürgermeister in Gmünd und Mitglied der SA-Standarte 121. Nach der neuesten Forschung galt Konrad als jemand, der sich den politischen Gegebenheiten anpasste und in diesem System seine persönliche Karriere voranbrachte. Auch in Anbetracht der Opfer des NS-Regimes auch in Gmünd, können solche Personen nicht für Straßennamen verwendet werden. Straßennamen sind auch immer ein Stück Ehrerweisung an die jeweilige Person.

5. Das Stadtviertel Hardt wird sich im Zuge von European 13 attraktiv weiterentwickeln. Doch die Oberbettringer Straße ist in diesem Viertel ein trennendes Element. Wir beantragen zur Attraktivitätssteigerung auf dem Hardt eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 40 km/h.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit dem Eigentümer eine Bürgerwerkstatt und/oder ein Plangutachten für die künftige Nutzung des zwischen der Wetzgauer und der Gartenbeetstraße in Großdeinbach gelegenen, ehemaligen Pferdehofs in die Wege zu leiten. Es ist zu prüfen, ob bis zum Vorliegen dieses Entwicklungskonzepts eine Veränderungssperre für diesen Bereich beschlossen werden soll bzw. kann.
Begründung: Gmünd 2020 richtet seinen Fokus bei der Wohnbauentwicklung u.a. auch auf die Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die Stärkung der Ortskerne ist hier ein wichtiger Baustein. Entwicklungskonzepte in den Stadtteilen sollen im Rahmen von Bürgerwerkstätten erarbeitet werden.

7. Im Zusammenhang mit der Fokussierung auf die Innenentwicklung vor Außenentwicklung beantragen wir weiterhin einen detaillierten Masterplan, um die vielen Baulücken in der Stadt und den Stadtteilen zu schließen und den Leerstand von Wohnungen und Häusern zu verringern.
Wir beantragen dazu auch eine konkrete Untersuchung des Umfangs und der Ursachen von Leerständen.
Begründung: Durch das intensive Bemühen, die innerörtlichen Baulücken zu schließen und die Wohn- und Hausleerstände zu verringern, können wir im Außenbereich unserer Stadt und den Stadtteilen Flächen sparen. Diese bleiben dann für die Freizeitgestaltung, den Tourismus, die Landwirtschaft und den Naturschutz erhalten. Gleichzeitig können Ressourcen eingespart werden, weil Baulücken und Hausleerstände an bereits bestehenden Infrastrukturen angeschlossen sind.

8. Wir beantragen im Rahmen der versprochenen Verkehrskonzeption ein explizites Fuß- und Radverkehrskonzept mit einem verbindlichen Umsetzungspfad.
Begründung: Die Stadt kämpft weiterhin gegen staugeplagte Verkehrsachsen um die Innenstadt herum, die Altstadt ist weiterhin einem enormen Parkdruck ausgesetzt und viele Anwohner von Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen fordern zu Recht Entlastung von Lärm und Luftschadstoffen. Abhilfe schaffen nur deutliche Anstrengungen, die Mobilität zugunsten von Fußgängern und Radfahrern zu verändern. Trotz Einzelmaßnahmen der letzten Jahre hat sich im Gesamtkonzert nichts verändert. Ein explizites Fuß- und Radverkehrskonzept mit verbindlichem Umsetzungspfad soll Abhilfe verschaffen.

9. Weiterhin beantragen wir die zügige Einführung von Fahrradschutzstreifen vor allen Ampeln.
 - a) Bei allen neuen Planungen sind diese Schutzstreifen einzuplanen.

- b) Zug um Zug ist der Schutzstreifen vor Ampeln bei bestehenden Kreuzungen nachzurüsten.
- c) Es ist zu überprüfen, ob diese Schutzstreifen kostengünstiger zwischen der bestehenden Haltelinie der Autos und den Fußgängerübergängen eingerichtet werden können.
- d) Wir fordern einen Zeitplan für die Umsetzung.

Begründung: Ein erster Fahrradschutzstreifen wurde im vergangenen Jahr in der Uferstraße angelegt. Weitere sind nicht erfolgt. Laut Straßenverkehrsordnung dürfte der Radfahrer vorne an der Ampel auf Grün warten. Doch in der Realität muss sich der Radfahrer weiterhin hinten in der Schlange der wartenden Autos, den Abgasen ausgesetzt, anstellen. Fahrradschutzstreifen sind ein Baustein einer attraktiven Fahrradstadt.

10. Mit dem Auslaufen des Fernheizwerks auf dem Hardt soll ein zukunftsweisendes Energie- und Wärmekonzept vor Ort entwickelt werden.

Begründung: Mit dem Auslaufen des Fernheizwerks auf dem Hardt ergibt sich eine Innovationschance. Welches Energie- und Wärmekonzept hat Zukunft? Wie kann ein ganzes Viertel klimaschonend und energiesparend heizen? Wir denken dabei an ein Blockheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung oder an eine Brennstoffzelle. Die Stadt hat über ihre Beteiligungen an den Stadtwerken und der VGW die Karten in der Hand.

11. Wir beantragen einen Beschluss des Gemeinderates, den Bürgerpark in Wetzgau auf Grundlage der von der Gartenschau GmbH vorgelegten Pläne zu entwickeln und zu betreiben. Andere Elemente und substantielle Änderungen bedürfen in Zukunft einer Beratung und eines Beschlusses durch Ortschaftsrat und Gemeinderat.

Für die Vergabe städtischer Grundstücke an Dritte zur Nutzung (Weleda, Golfanlage usw.) sollen die ökologischen Qualitäten (Streuobstwiese, Grad der Versiegelung, Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahmen z.B. wegen Kunstrasen und Parkplätze) in einem Nutzungsvertrag detailliert rechtlich verpflichtend festgeschrieben werden und vom Ortschaftsrat und Gemeinderat vor Unterzeichnung beraten und genehmigt werden.

Begründung: Damit soll der Einfluss der Bürgerschaft über ihre gewählten Vertreter auf die Ausgestaltung des Bürgerparks erhalten bleiben. Eine unkontrollierte Weiterentwicklung zu einem Freizeitpark, wie von manchen befürchtet, wäre damit nicht möglich.